

1/4 1916

Steuerkommission des Reichstags.

N. Berlin, 31. März. (Priv.-Tel.) Der Steueraus-
schuß des Reichstags setzte heute die Beratung der mit
den Post- und Telegraphengebühren zu erheben-
den außerordentlichen

Reichsabgabe

fort. Ein fortschrittlicher Abgeordneter trat nochmals
für die Befristung des Gesetzes und die Aufhebung
der Gebührenfreiheit der Fürsten ein. Demgegen-
über erklärte ein konservatives Mitglied, seine Freunde
würden gegen diese Anträge stimmen. Von einer beab-
sichtigten Schonung der Landwirte koste keine Rede
sein. Die Bevorzugung des Ortsverkehrs sei nicht mehr be-
gründet, die Portofreiheit der Feldpost solle man dagegen
nicht beschränken.

Staatssekretär Kräfte befürwortete nochmals
die Regierungsvorlage, insbesondere auch eine Erhöhung
der Fernspreckgebühren und die Beibehaltung des
historisch gewordenen Unterschiedes zwischen brieflichem Orts-
und Fernverkehr; dabei dürfe man nicht vergessen, daß
die Post im Ortsverkehr bei Drucksachen kein Monopol besitze.
Den Telegrammverkehr dürfe man nicht zu stark belasten,
damit er keine bedeutende Einschränkung erfahre. Auch die
Feldpost solle man in vollem Umfange portofrei
lassen, da andernfalls unsere Kämpfer draußen die Leidtra-
genden sein würden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wandte sich
gegen die gestern gewünschte Erhöhung der Postkartengebühr
auf 10 Pfennig und trat für gesetzliche Befristung der Porto-
freiheit für die Bundesfürsten ein.

Staatssekretär Kräfte wies darauf hin, daß
die Bundesfürsten längst freiwillig auf Portofreiheit
in wirtschaftlichen Angelegenheiten verzichtet hätten. Das
vielleicht bei einzelnen Verwaltungen Mißbräuche vorkämen,
sei möglich. Derartige Fälle sollten ihm mitgeteilt werden,
damit er gegebenenfalls für Abhilfe sorgen könne.

Von fortschrittlicher Seite wurde die Vorlage
weiteren statistischen Materials gefordert, da zu befürchten
sei, daß die Wirkung der Gebührenerhöhung für mittlere
Geschäfte sehr tief einschneidend und eine Abwälzung nur
zum Teil möglich sei. Um so bedenklicher werde die An-
nahme der Vorlage, je weniger klar sei, daß der gewollte
finanzielle Effekt auch wirklich erreicht werde.

Ein gemeinschaftlicher Antrag, der von den Kon-
servativen, dem Zentrum, den Nationallibe-
ralen und der deutschen Fraktion eingebracht
wurde, strebt eine radikale Vereinfachung der
Vorlage an durch Festsetzung folgender Gebührensätze:

Für Postkarten 10 Pfg., für Briefe im Ortsverkehr
10 Pfg., für Briefe im sonstigen Verkehr 15 Pfennig,
für Doppelbriefe im sonstigen Verkehr 25 Pfg., für Tele-
gramme pro Wort 2 Pfg. mehr, mindestens aber für jedes
Telegramm 10 Pfg. mehr. Dagegen sollen alle übrigen, im
Entwurf enthaltenen Abgaben für Pakete, Postschiff- und
Fernspreckverkehr in Fortfall kommen. Die Antragsteller
berechnen den finanziellen Ertrag auf über 200 Millionen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes
betonte wiederholt nachdrücklich, daß das Gesetz nach der Ab-
sicht der Regierung ein Kriegsprovisorium sein solle.
Es empfehle sich nicht, abgesehen von dem Gründen staatsrecht-
licher Art, in einem solchen No-Gesetz die Portofreiheit der
Fürsten anzutasten. Praktisch komme auch nicht viel dabei
heraus, zumal unter den obwaltenden Verhältnissen die Porto-
freiheit der Feldpost ohne weiteres auch der Mehrzahl der
Bundesfürsten zustehe. Ein Vertreter der deutschen
Fraktion wünschte, die Fürsten möchten aus freien Stücken
auf die Portofreiheit verzichten, was unter den gegenwärtigen
Verhältnissen den besten Eindruck machen würde. Trotz der
Bedenken der Vertreter des platten Landes sollte die Erhö-
hung der Telephongebühren erwogen werden. Die
Postkarten-Gebühr müsse unbedingt auf 10 Pfg. er-
höht werden, zumal die Post auch das Papier liefere, um eine
gewaltige Abwanderung des Briefverkehrs auf die Postkarte
zu verhindern.

Ein fortschrittliches Mitglied forderte nochmals ein
Mitbestimmungsrecht des Reichstags hinsichtlich
der Aufhebung der Abgabe nach dem Kriege und bevorzugte
im übrigen Erhöhung der Postkartengebühr auf 9 Pfg. und
der Fernbriefe auf 13 Pfg. Bei den Depeschen müsse die Ab-
gabe eine Staffelung nach der Zahl der Worte erfahren.

Ein nationaler Redner trat für die Einführung
einer Kriegsbriefmarke ein, bat um Schonung des Telephon-
verkehrs und forderte nachdrücklich die Befristung des Ge-
setzes. Ein Zentrumsmitglied ersuchte um weitere
Aufklärung hinsichtlich des Auslandsverkehrs. Als Bayer
wandte er sich gegen die Einführung einheitlicher Postwert-
zeichen.

Staatssekretär Kräfte teilte mit, daß der Porto-
vertrag mit Oesterreich gekündigt sei und die
Verwaltung sich bemühen werde, neue Einheitsätze
mit Oesterreich zu vereinbaren.

Damit ist die allgemeine Erörterung geschlossen.
Weiterberatung am Dienstag, den 4. April.